

---

# Zur Diskussion

---

## Sollicitudo rei socialis und das Elend in der Welt

Mathias Möhring-Hesse, Jahrgang 1961, Studium der Theologie und Sozialwissenschaften in St. Georgen, Mitarbeiter von Prof. Friedhelm Hengsbach SJ.

•

Die Kirche hat – so das II. Vatikanische Konzil – die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und sie im Lichte des Evangeliums zu deuten (Gaudium et spes 4). Im christlichen Glauben heute die „Zeichen der Zeit“ zu deuten, fällt aber schon deswegen schwer, weil sie gegenwärtig wenig eindeutig, sondern recht „unübersichtlich“ (Habermas) sind.

Ein aufmerksamer Gang durch bundesdeutsche Städte oder auch ein langer Fernsehabend gewährt ein höchst widersprüchliches Bild von der bundesdeutschen Gesellschaft: auf der einen Seite die „Neue Armut“ und die andauernde Massenarbeitslosigkeit mit ihren unübersehbaren individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Darüber schiebt sich aber andererseits ein immenser gesellschaftlicher Reichtum, der sich so vielfältig wie aufdringlich inszeniert.

Eindeutiger scheint der Blick über den nationalen Tellerrand hinaus: die dramatische Zunahme von Armut und Elend in einigen Entwicklungsländern drängt sich als Ausgangspunkt einer internationalen Zeitdiagnose auf.

Doch wird auch diese Weltsicht für die bundesdeutsche Politik relativiert: An der wachsenden Armut in der Welt trage die Bundesrepublik – immerhin eine der größten Handelsmächte der Welt – keine Verantwortung; sie – die Armut – sei zwar daher ein bedauerlicher Umstand, aber keine zentrale weltpolitische Herausforderung, allenfalls eine entwicklungspolitische Aufgabe. Zumal die Entwicklungsländer reale

Chancen hätten, Armut und Elend zu überwinden – wie mit Verweis auf die sogenannten Schwellenländer behauptet wird.

Papst Johannes Paul II. hat in seinem Rundschreiben „Die soziale Sorge der Kirche“ (Sollicitudo rei socialis [SRS], 1988) vorgeschlagen, diese widersprüchlichen Bilder der Gesellschaften als Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Spaltungen zu begreifen. Das päpstliche Rundschreiben bestimmt diese Spaltungen, d. h. die zunehmende Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen als „Zeichen der Zeit“, die Glaubenspraxis und Kirche heute herausfordern.

Unzählige „Dramen von völligem Elend und größter Not“ (SRS 13,2) notiert das Rundschreiben, aber auf der anderen Seite auch einen konzentrierten Reichtum in der Welt. Dieser reale Widerspruch zwischen wachsender Armut und wachsendem Reichtum resultiert – so das Rundschreiben – aus der „Verbreiterung des Grabens zwischen dem sogenannten entwickelten Norden und dem unterentwickelten Süden“, aber auch aus den „Grenzen zwischen Reichtum und Armut quer durch die verschiedenen Gesellschaften selber“ (SRS 14,1). Die Spaltung zwischen den und in den Gesellschaften bedroht ernstlich die „Einheit des Menschengeschlechtes“ (SRS 14,6).

## Die soziale Sorge der Kirche gilt den Unterdrückten

Der politisch-theologische Ansatz des Rundschreibens läßt sich kurz wie folgt skizzieren:

1. Das Rundschreiben ist ein Dokument kirchlicher Sozialverkündigung, das die Situation der Welt aus der Perspektive und im Namen der Betroffenen wahrnimmt und kritisiert – der Betroffenen nämlich, die arm, unterdrückt und ausgebeutet sind.

So schreibt Papst Johannes Paul II: „Ohne mich in eine Analyse von Zahlen und

Statistiken einzulassen, genügt es, die Wirklichkeit einer unzähligen Menge von Männern und Frauen, Kindern, Erwachsenen und alten Menschen, von konkreten und einmaligen menschlichen Personen also, zu sehen, die unter der unerträglichen Last des Elends leiden“ (SRS 13).

Die Weltsicht der Christen und ihrer Kirche wird hier zu Recht auf die Leidenserfahrungen betroffener Menschen verpflichtet.

2. Aus den Leidenserfahrungen der Menschen entwickelt das Rundschreiben seine Sicht der geschichtlichen Situation. Dabei versucht es kein neutrales Abbild der Welt zu geben, sondern will vielmehr parteilich und engagiert die geschichtliche Situation ethisch bewerten.

Das Elend in der Welt ist ein moralischer Skandal und ungerecht, weil ausreichende Ressourcen zu seiner Überwindung vorhanden sind. Obwohl das Elend also überwindbar wäre, müssen Menschen darunter leiden. Die Ursachen dafür sieht der Papst sowohl in ungerechten Strukturen bestehender Gesellschaftsverhältnisse als auch in ungerechten Haltungen der Personen.

Während die konservativen Interpreten des Rundschreibens vor allem die zweite, die personale Ursache des gegenwärtigen Elends betonen, besteht das Rundschreiben selbst vollkommen zu Recht auf beiden Ursachen wie deren Inneren Zusammenhang. Daß ungerechte Gesellschaftsstrukturen von menschlicher Praxis abhängig sind, daß es daher Verursacher, Agenten und Profiteure ungerechter Gesellschaftsverhältnisse gibt – das sind notwendige Einsichten, um gesellschaftliche Ungerechtigkeit politisch bekämpfen und überwinden zu können.

3. Im Anschluß an die ethische Bewertung der geschichtlichen Situation bemüht sich das päpstliche Rundschreiben auch um dessen theologische Deutung. Ungerechte Gesellschaftsverhältnisse deutet es mit dem Begriff „Strukturen der Sünde“, denen eine „Theologie der Entwicklung“ entgegengestellt wird.

Armut, Ausbeutung und Unterdrückung stehen im Widerspruch zum offenbaren Willen Gottes, der das Heil aller Menschen will. Die Mißachtung seines umfassenden Heilsplans „beleidigt ... Gott und schadet den Nächsten“ (SRS 36,6) – so das

Rundschreiben. Wo sich derartige Sünden strukturell verfestigen, werden sie zu „Quellen weiterer Sünde“: zu „Strukturen der Sünde“ (SRS 36,2).

Dagegen stellt der Papst die theologische Vision einer humanen und geschwisterlichen Entwicklung, die allen Menschen eine umfassende Selbstentfaltung in gegenseitiger Solidarität erlaubt.

4. An der geschichtlichen Verwirklichung dieser theologischen Vision mitzuwirken, sind die Christen und ihre Kirche herausgefordert. Die praktische Solidarität der und mit den Armen und Unterdrückten bezeichnet das päpstliche Rundschreiben in diesem Zusammenhang als Maxime christlichen und kirchlichen Handelns.

Mit Papst Johannes Paul II. hat die Forderung nach praktischer Solidarität ein Heimatrecht in der päpstlichen Sozialverkündigung erhalten. Bereits in seinem Rundschreiben „Über die menschliche Arbeit“ (Laborem exercens, 1981) hat er Solidarität als notwendiges Merkmal christlichen Glaubens bezeichnet. In „Die soziale Sorge“ nun baut er diese Herausforderung aus und besteht darauf, daß Entwicklung und Frieden zwischen den Gesellschaften und in den Gesellschaften nur durch die solidarische Praxis der und mit den Unterdrückten entstehen kann.

## Spaltungen in der Gesellschaft als Zeichen der Zeit begreifen

Nach dieser kurzen Skizze des päpstlichen Rundschreibens möchte ich dessen Vorschlag aufgreifen, die Spaltungen zwischen und in den Gesellschaften als das „Zeichen der Zeit“ zu begreifen, die den christlichen Glauben und die Kirche heute praktisch herausfordern.

Auf einem KAB-Seminar wurden die anwesenden Kinder gebeten, zum Thema „Arme Welt – reiche Welt“ Collagen herzustellen. So sind eindrucksvolle Bilder entstanden, an denen sich die Spaltungen zwischen und in den Gesellschaften gut verdeutlichen lassen.

Die Kinder haben zunächst ihre großflächigen Bilder geteilt: die eine Hälfte stellte die „reiche“, die andere Hälfte die „arme Welt“ dar. Zwischen beiden Welten

bestanden scharfe Grenzen; nur auf einigen wenigen Bildern waren überhaupt schmale Übergänge eingezeichnet. Treffend haben damit diese Bilder das gefaßt, was mit gesellschaftlicher Spaltung gemeint ist: nämlich die scharfe Abgrenzung von Bevölkerungsteilen, die gleichsam in eine andere Welt, in eine andere Wirklichkeit abgesondert werden.

Soziale Unterschiede verschärfen sich gegenwärtig zunehmend in einer tief liegenden Spaltung der sozialen Wirklichkeit: mindestens 800 Millionen Menschen leben auf dieser Welt in „absoluter Armut“, ihnen wird eine menschenwürdige Existenz vollkommen verwehrt.

Diese Zahl – immerhin weit über das dreizehnfache der bundesdeutschen Bevölkerung – ist jedoch nur die statistische Spitze einer „armen“ Zweidrittel-Welt, in der die Mehrheit der gegenwärtigen Weltbevölkerung leben muß. Ihr Leben in einer „armen Welt“ hat nichts mit dem Leben der Bevölkerungsteile zu tun, denen der Zugang zum vorhandenen Reichtum auf dieser Erde offensteht, denen ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Die Übergänge zwischen diesen Wirklichkeiten werden gegenwärtig immer schwieriger und unwahrscheinlicher. Nicht nur das: die Kontakte über die Grenzen der Welten werden kläglich und spärlich!

An den Bildern der Kinder fiel weiterhin auf, wie sie die „reiche“ und die „arme Welt“ einander gegenüber stellten. Die „reiche Welt“ war eine Warenwelt: bunt, jung und dynamisch – aus den Anzeigenseiten der Illustrierten ausgeschnitten. Dagegen die „arme Welt“: die dargestellte Armut hatte durchgehend schwarze Hautfarbe. „Arme Welt“ war identisch mit den Entwicklungsländern auf dem afrikanischen Kontinent.

Damit lagen die Kinder einerseits falsch: die sozialen Ausgrenzungen laufen nämlich nicht einfach zwischen den Ländern der sogenannten Ersten und Dritten Welt; vielmehr bestehen die sozialen Spaltungen zwischen „armer“ und „reicher Welt“ innerhalb der verschiedenen Gesellschaften – sowohl in den Entwicklungs- wie in den Industrieländern. Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung sind keineswegs nur ein fernes Problem, sondern auch bundesdeutsche Realität!

Dennoch lagen die Kinder mit Ihrer Darstellung auch irgendwie richtig: die gesellschaftlichen Spaltungen haben nämlich den Charakter einer „globalen Apartheid“; die Zugehörigkeit zu einer der beiden Welten wird – wie die Hautfarbe der Menschen – gleichsam angeboren. Entgegen den Einreden neo-konservativer Politik können die Individuen ihre gesellschaftliche Stellung immer weniger selbst erwirken, sondern ihre Stellung und die damit verbundenen Lebenschancen wird ihnen zunehmend vorgegeben. Weder die hungernden Slum-Bewohner in Sao Paulo oder in Mexiko-Stadt sind für Ihren Hunger verantwortlich, noch tragen die Dauerarbeitslosen in der Bundesrepublik persönliche Schuld an Ihrem sozialen Schicksal.

## Spaltungsursache

Eine entscheidende Ursache für die zunehmenden Spaltungen zwischen und in den Gesellschaften liegt in der schweren Weltwirtschaftskrise Anfang der achtziger Jahre. Diese Weltwirtschaftskrise traf zwar die außenwirtschaftlich besonders verwundbaren ökonomischen Entwicklungsländer am härtesten, aber auch in den Industrieländern blieb sie wirtschaftlich und sozial keineswegs folgenlos.

Die binnen- und außenwirtschaftliche Lage der meisten Entwicklungsländer hat sich seitdem dramatisch verschlechtert. Die Exportpreise Ihrer Rohstoffe fielen rapide, was diese Länder an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte. Die dadurch mit entstandene Verschuldungskrise spitzte sich dramatisch zu und beschleunigte die Verarmung immer größerer Bevölkerungsteile. Heute zahlen die Entwicklungsländer an Zinsen- und Schuldentilgung mehr an die Industrieländer zurück, als sie von diesen insgesamt an Entwicklungshilfe, an Krediten und an Investitionen erhalten.

Die verschuldeten Entwicklungsländer sind gezwungen, immer mehr zu exportieren und den Inlandverbrauch zu senken, um die notwendigen Devisen zu erwirtschaften. So wurden etwa staatliche Sozialprogramme gestrichen; unverzichtbare Verbrauchsgüter wurden für große Teile der Bevölkerung unerschwinglich. In lateinamerikanischen Großstädten lebt die Mehrheit der Menschen aus dem Abfall und in Verzweiflung; die

kleine gehobene Bevölkerungsschicht, die etwas – und das heißt viel – zu verlieren hat, verbarrikiert sich hinter Gittern, Ketten und Alarmanlagen. Ausdrucksvolle Konsequenzen der sich spaltenden Gesellschaft!

Diese dramatische Spaltung der Bevölkerung ist kein „Vorrecht“ der Entwicklungsländer; die Situationen in den Industrieländern ähneln sich zunehmend – häufig allerdings weniger dramatisch. So zum Beispiel in der Bundesrepublik: Seit Beginn der Wirtschaftskrise haben die Unternehmen zunehmend in die Technisierung und Rationalisierung ihrer Produktionsanlagen investiert und so zunehmend Arbeitskräfte freigesetzt. Seit 1980 nahm die Zahl der registrierten und nicht registrierten Erwerbslosen ständig zu, um sich bei weit über drei Millionen einzupendeln.

Die davon betroffenen Menschen sind allerdings nicht nur einfach erwerbslos: sie sind vor allem auf Dauer und/oder mehrfach erwerbslos. So werden sie aus den stabilen Beschäftigungsverhältnissen ausgegrenzt, die in unserer Gesellschaft allein ausreichende und sichere Lebenschancen garantieren. Der vielgerühmte Sozialstaat der Bundesrepublik verweigert nämlich gerade diesen Menschen ein ausreichendes Lebens Einkommen, die auf sozialstaatliche Leistungen doch besonders angewiesen wären, weil ihnen bereits die Erwerbsarbeit verweigert wurde.

Die ökonomisch produzierte Dauerarbeitslosigkeit und das politisch zu verantwortende Sozialstaatsystem spaltet die Bundesrepublik zunehmend in eine „Zweidrittel-Gesellschaft“, in der „Wohlstandsinseln“ guten Lebens neben einer ausgegrenzten Wirklichkeit bestehen. Dort müssen Menschen leben, die zu rechtlosen Objekten staatlicher Armenfürsorge degradiert werden, deren Überleben auf ein gesellschaftlich gerade noch verträgliches und staatlich für finanzierbar gehaltenes Minimum gesichert wird.

Noch fehlt uns die notwendige „soziologische Phantasie“, um uns vorzustellen, was diese Spaltung unserer Gesellschaft auf Dauer bedeuten könnte. Ein Blick in das größte Schuldnerland der Welt, nämlich in die USA, kann unserer Phantasie da vielleicht weiterhelfen: die Spaltung in einigen Großstädten der USA ähnelt zum Verwech-

seln der oben skizzierten Situation in den „armen“ Entwicklungsländern.

Für die betroffenen Menschen bedeutet diese Ausgrenzung – ob in den Entwicklungs- oder in den Industrieländern – nicht nur, daß sich ihre materiellen Lebenschancen dramatisch verschlechtert haben. Vielmehr wird ihre Beteiligung an allen sozialen, politischen und kulturellen Prozessen immer unwahrscheinlicher; sie verschwinden aus der herrschenden Realität der Gesellschaften und haben an all' dem keinen Anteil mehr, was für die integrierten Bevölkerungsschichten selbstverständlich ist.

Auf einer umfassenden Wahrnehmung dieser ausgegrenzten Bevölkerungsteile besteht auch das päpstliche Rundschreiben „Die soziale Sorge“. Soziale und wirtschaftliche Indikatoren wie Unterversorgung, mangelnde Hygiene oder fehlende Gesundheitsleistungen reichen dem Rundschreiben nicht aus, die soziale Realität der Betroffenen zu beschreiben. Es berücksichtigt auch kulturelle und politische Momente: Analphabetismus, unzureichende Bildungsmöglichkeiten, verhinderte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen oder die Einschränkung der Menschenrechte.

Die Spaltung der Gesellschaften wird so total: den gehobenen Bevölkerungsschichten erscheint Ihre Welt als die „beste aller möglichen Welten“; in diesen Wohlstandinseln taucht die andere, die „zweite Welt“, in der aber die Mehrheit der Menschheit leben muß, nur noch selten auf. In einer „Entwicklungspolitik ohne schlechtes Gewissen“ (so die jetzige Bundesregierung) oder durch eine „ehrliche Korrektur“ der Arbeitslosenstatistik (ebenfalls Originalton) wird diese andere Wirklichkeit gar verdrängt und aus dem öffentlichen Bewußtsein abgetrieben.

## Die Vision von der Einheit der ganzen Menschheit

Angesichts dieser Spaltungsprozesse sieht das päpstliche Rundschreiben die „Einheit der Welt“ und die „Einheit des Menschengeschlechts ernstlich bedroht“ (SRS 14,6). Dieser Bedrohung gegenüber kann – so das Rundschreiben weiter – die „Kirche als Sakrament, das heißt Zeichen und Werkzeug ... für die Einheit der ganzen Menschheit nicht gleichgültig bleiben“ (SRS 14,6).

Die Kirche sieht sich beauftragt, die Einheit der Menschheit nicht nur anzuzeigen, sondern auch engagiert beizutragen, diese Einheit in der Geschichte zu verwirklichen. So wird sie durch die gegenwärtigen Spaltungen zwischen und in den Gesellschaften herausgefordert, sich diesen Spaltungen entgegenzustellen, sie ethisch und theologisch zu brandmarken und Partei für die ausgegrenzten Bevölkerungsteile zu ergreifen.

Elend und Armut sind Ergebnisse gesellschaftlicher Ausgrenzungen, die national wie international einer beschleunigten Akkumulation von Reichtum dienen. Die weltweite Anhäufung von Reichtum „braucht“ offensichtlich den Ausschluß eines wachsenden Anteils der Menschheit aus jeglichem Wohlstand. Obwohl die notwendigen materiellen Ressourcen zur Überwindung von Elend und Armut ausreichend vorhanden sind, werden die sozialen Ausgrenzungen deshalb zumindest in Kauf genommen.

## Kein unausweichliches Schicksal

Angesichts ausreichend vorhandener Mittel für gesellschaftliche Einheit sind die sozialen Spaltungen kein unausweichliches Schicksal, sondern ein politisches Problem ungerechter Verteilung von materiellen und kulturellen Gütern und ungenügender Beteiligung der Menschen an jeweiligen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Politischer Wille kann die Spaltung der Menschheit in verschiedene soziale Wirklichkeiten verhindern.

Im Kontext christlicher Glaubenspraxis kann diese Situation theologisch als „soziale Sünde“ gedeutet werden. So schreiben die US-amerikanischen Bischöfe in ihrem Wirtschaftshirtenbrief (1986) eindringlich: „Ein Ausbund der Ungerechtigkeit ist es, wenn eine Person oder Gruppe entweder aktiv so behandelt oder passiv aufgegeben wird, als sei sie nicht Mitglied der Menschheit. Menschen so zu behandeln, heißt nichts anderes, als daß sie nicht zur Menschengattung gezählt werden. ... Diese Formen der Ausgrenzung werden von freien Menschen geschaffen. In diesem Sinne kann man sie Formen sozialer Sünde nennen. Sich mit ihnen abzufinden oder nicht zu versuchen, sie zu korrigieren, wenn die Möglichkeiten vorhanden sind, bedeutet christliche Pflichten zu vernachlässigen“ (Nr. 77).

Mit dem Begriff der „sozialen Sünde“ werden die gesellschaftlichen Ausgrenzungen von großen Bevölkerungsteilen mit dem offenbaren Heilsplan Gottes konfrontiert. Die im Christentum bezeugte Offenbarung des göttlichen Heils ruft jeden Menschen in seine unveräußerliche Würde als Person: als Ebenbild Gottes sind die Menschen in Gemeinschaft mit allen anderen berufen, ihre personale Würde auch geschichtlich zu verwirklichen und gegenseitig anzuerkennen.

Die Gerechtigkeit Gottes wird im christlichen Gottesbekenntnis in der Einheit der ganzen Menschheit miteinander und mit Gott ersehnt. In der Geschichte bezeugt sich diese ersehnte Gerechtigkeit Gottes in einer gerechten Praxis der Menschen, die echte Gemeinschaft in der Welt ermöglicht und bewahrt. Die „Armen“ werden dabei in der biblischen Offenbarung als die auserwählten Zeugen der Hoffnung auf das Heil Gottes angesprochen: ihnen gilt der besondere Zuspruch der Gerechtigkeit Gottes und daher auch der christlichen Glaubenspraxis.

Angesichts der Spaltungen zwischen und in den Gesellschaften inspiriert die biblische Hoffnung auf die Gerechtigkeit Gottes eine politisch-ethische Vision, daß durch eine die gespaltene Menschheit übergreifende Solidarität der Ausschluß von Bevölkerungsteilen aus der herrschenden Realität überwindbar und deshalb zu überwinden ist.

Diese Vision sozialer Gerechtigkeit verlangt, alle Menschen an sämtlichen gesellschaftlichen, d. h. politischen, ökonomischen und kulturellen Prozessen zu beteiligen. Gefordert wird weiterhin, alle Menschen an den Reichtümern dieser Welt teilhaben zu lassen. Dazu ist weltwirtschaftlich eine grundlegende Reform des internationalen Handels- und Währungssystems und weltpolitisch eine Überprüfung aller internationalen Organisationen längst überfällig – und wird auch im päpstlichen Rundschreiben deutlich angemahnt.

National steht eine gerechte Verteilung vorhandener Erwerbsarbeit sowie eine andere Verteilung des gesellschaftlich verfügbaren Reichtums an. Erst die allgemeine Beteiligung an allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sowie am vorhandenen Reichtum überwindet die skandalöse Diskriminierung der ausgegrenzten Bevölkerungsteile und ermöglicht gerechte Gesellschafts-

verhältnisse. Beteilung wird so zu einem neuen Namen für soziale Gerechtigkeit!

Das päpstliche Rundschreiben will sich mit der Spaltung der Welt und der Spaltung der Gesellschaften nicht abfinden. Es erinnert an die immer bestehende, gegenseitige Abhängigkeit aller Menschen und aller Gesellschaften und fordert dazu auf, diese Abhängigkeit in nationaler und internationaler Solidarität moralisch zu gestalten. Die Solidarität, die das Rundschreiben damit anmahnt, ist zwar parteilich für die ausgegrenzten Bevölkerungsteile, aber beschwört zugleich die gemeinsamen Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer sowie das gemeinsame Interesse aller Menschen an dieser Solidarität. Der Papst notiert zu Recht als die positive Seite der gegenwärtigen Situation: „Mehr als in der Vergangenheit werden sich die Menschen heute dessen bewußt, durch ein gemeinsames Schicksal verbunden zu sein, das man vereint gestalten muß, wenn die Katastrophe für alle vermieden werden soll. Aus der tiefen Erfahrung von Sorge und Angst ... erhebt sich allmählich die Einsicht, daß das Gut, zu dem wir alle berufen sind, und das Glück, nach dem wir uns sehnen, ohne die Anstrengung und den Einsatz aller ... nicht erreicht werden kann“ (SRS 26,5).

So verlangt etwa das Interesse an der Bewahrung unserer Erde eine internationale Solidarität, die den Menschen in den Entwicklungsländern ausreichend Ressourcen zum Überleben gewährt, damit sie überhaupt aktiven Umweltschutz in den entsprechenden Regionen betreiben können.

Genauso ist eine solidarische Arbeits- und Sozialpolitik in der bundesdeutschen Gesellschaft nicht nur erforderlich, um die ausgegrenzten Bevölkerungsteile in die herrschende Realität des Wohlstands wieder zu integrieren. Eine Neuverteilung der gesellschaftlich verfügbaren Arbeitszeit und des vorhandenen Reichtums befreit auch die heute fest Beschäftigten von Stunden abhängiger Erwerbsarbeit und erweitert so ihre Zelträume autonomer Lebensgestaltung.

Diese knappen Hinweise zeigen an, daß die politisch notwendige nationale und internationale Solidarität die Welt nicht nur gerechter machen kann, indem sie die sozialen Ausgrenzungen überwinden hilft. Dieser Solidarität wohnt auch die Kraft inne, diese

Erde überhaupt zu bewahren und sie darüber hinaus für alle Menschen wohllicher zu machen.

## Übergreifende Solidarität als Berufung der Kirche

Gerechtigkeit ist ein gesellschaftlicher Zustand, der erkämpft werden muß – erkämpft durch das Engagement gegen Ausgrenzungen von Menschen aus gesellschaftlichem Wohlstand und Entscheidungsprozessen. Gott befehlendes Heil ist – so das christliche Glaubensbekenntnis – gerade in diesem Kampf um Gerechtigkeit gegenwärtig, indem er den Menschen die Kraft seiner Liebe schenkt, aus der geschichtlichen Situation „sozialer Sünde“ auszubrechen und etwas vom Heil des endgültigen Gottesreiches vorwegzunehmen.

Biblisch heißt dieser von Gott getragene Ausbruch aus gegenwärtigem Unheil: Umkehr. Diese Umkehr ist jedoch nie Sache (nur) des einzelnen, sondern gemeinsame Aufgabe aller Menschen in gegenseitiger Solidarität.

Gerade das Sozialrundschreiben „Die soziale Sorge“ beschreibt die solidarische Praxis als den ausgezeichneten Weg der Umkehr zur sozialen Gerechtigkeit (SRS 38 ff.). Die Idee der Solidarität hat ihren ursprünglichen Ort da, wo gemeinsam betroffene Subjekte, die als einzelne wehrlos und „schwach“ sind, sich zusammenschließen, um die Übermacht einer sozialen Bedrohung zu brechen und zu überwinden.

Genau dieses Verständnis von Solidarität als praktischer Zusammenschluß der Betroffenen zur Änderung der eigenen sozialen Lage eignet sich heute die gesamte Kirche immer stärker an. Im päpstlichen Rundschreiben wird die praktische Solidarität als eine „feste und beständige Entschlossenheit“ (SRS 38,6) begriffen, mit der sich die Menschen für das Gemeinwohl einsetzen und so die echte Einheit zwischen allen Menschen stiften. In solidarischer Praxis der und mit den Betroffenen realisieren Christen ihre Glaubensoption für diejenigen, die in bibeltheologischer Sprache die von Gott besonders geliebten „Armen“ genannt werden.

Die derart in verschiedenen sozialen Bewegungen engagierten Christen suchen sich den Armen einer ausgegrenzten Wirk-

lichkeit zu öffnen und verstehen ihren Weg als Antwort auf den Anruf Gottes, zur praktischen Solidarität mit Ihnen umzukehren. Kirchliche Verbände und Ortsgemeinden engagieren sich zum Beispiel für die Opfer anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Christen werden auch politisch aktiv, um auf die individuellen Belastungen der durch ökonomische Krisen materiell eigentlich Betroffenen aufmerksam zu machen. Gemeint ist auch das Engagement vieler Christen gegen Asylantenabschiebungen und Ausländerhaß oder für die Befreiung der Menschen in den sogenannten „Dritte-Welt“-Ländern aus dem Gefängnis ökonomischer, politischer und kultureller Abhängigkeiten.

## Praktische Solidarität

Im päpstlichen Rundschreiben wird dieses Engagement ausdrücklich gelobt, weil es „in der ... entzweiten und verworrenen Welt die Überzeugung von einer tiefen wechselseitigen Anhängigkeit ... und folglich auch die Forderung nach ... Solidarität“ verkörpert (SRS 26,5).

Den Weg der Solidarität mit den Betroffenen zu gehen, wird vom päpstlichen Sozialrundschreiben auch als Berufung der gesamten Kirche bezeichnet „kraft ihres Auftrages aus dem Evangelium“ (SRS 39,2). Die Kirche ist – wie es im Rundschreiben heißt – „an die Seite der Armen gerufen, um die Berechtigung Ihrer Forderung zu ermitteln und zu deren Erfüllung beizutragen“.

Die derart berufene Kirche ist zunächst einmal eine Gemeinschaft gläubiger Christen; die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung ist ein Teil dieser Kirche. Die dort organisierten Christen haben sich seit den Anfängen der KAB zusammengeschlossen, um die politisch-praktische Berufung ihres christlichen Glaubensbekenntnisses in Solidarität der und mit den Armen gemeinsam zu verwirklichen. Deshalb sind die Spaltungen zwischen und in den Gesellschaften den Christen in der KAB eine besondere Herausforderung, die Organisation nationaler und internationaler Solidarität ureigenstes Praxisfeld.

Als kirchlicher Verband bewahrt sich die KAB dabei das Bewußtsein davon, daß diese Herausforderung nicht nur politisch, sondern auch theologisch besteht. Denn die solidarische Praxis politisch engagierter

Christen trägt dazu bei, diese zutiefst gespaltene Welt gerechter zu machen und so die christlich bekannte Gerechtigkeit Gottes geschichtlich vorwegzunehmen.

Vor allem im solidarischen Engagement politisch aktiver Christen wird die Kirche in den sozialen Auseinandersetzungen präsent. Dort, wo sich Christen an der Seite der Armen in Basisinitiativen, Gewerkschaften, Verbänden oder Parteien für soziale Gerechtigkeit engagieren, verkünden sie die befreiende Liebe Gottes. „Dabei“, so heißt es im Wirtschaftshirtenbrief der US-amerikanischen Bischöfe, „sind sie die Kirche, die sich für ... Gerechtigkeit einsetzt“ (Nr. 57).

Kirchliche Funktionäre und theologische Professoren haben an dieser Kirche Anteil, indem sie sich zur Unterstützung dieser solidarischen Praxis für soziale Gerechtigkeit verpflichten. Wir müssen allerdings erleben, wie einige dieser „hohen Herren“ diese Unterstützung verweigern und statt dessen das solidarische Engagement von Christen und kirchlichen Verbänden als marxistisch oder areligiös verteufeln. Politisch engagierte Christen sollten sich davon nicht irritieren lassen, denn zu viel steht in der gegenwärtigen Situation auf dem Spiel: nicht weniger als das Heil der Menschheit und die Gerechtigkeit Gottes!

Die „Zeichen der Zeit“ lassen uns keine Zeit für sinnlose Schaukämpfe in der kirchlichen Arena, sondern drängen uns heraus in das politische Feld: Praktische Solidarität muß unsere Welt grundlegend verändern und menschlicher machen! Eindringlich schreibt auch Papst Johannes Paul II.: „... wir sind alle aufgerufen und sogar verpflichtet, uns der furchtbaren Herausforderung des letzten Jahrzehntes des zweiten Jahrtausends zu stellen; und das auch deshalb, weil die andrängenden Gefahren alle bedrohen: eine Weltwirtschaftskrise, ein Krieg ohne Grenzen, ohne Sieger und Besiegte. ... Aber eine solche Motivation ist weder die einzige noch die hauptsächliche. Auf dem Spiel steht vielmehr die Würde der menschlichen Person, deren Verteidigung und Förderung uns vom Schöpfer anvertraut ist. ... Jeder ist aufgerufen, seinen Platz in diesem friedlichen Kampf einzunehmen, den es mit friedlichen Mitteln zu führen gilt, um die Entwicklung zusammen mit dem Frieden zu erreichen.“ (SRS 47,3 f.)